

IN KÜRZE

Neue Distefora-Verantwortliche schiessen zurück

ZÜRICH – Der Streit um die Beteiligungsgesellschaft Distefora geht in eine weitere Runde. Die vom früheren Besitzer Patrick Hofmann angeschlossenen neuen Distefora-Verantwortlichen haben in einem offenen Brief an die Aktionäre von Hofmann erhobene Vorwürfe zurückgewiesen. Die Verantwortlichen der Distefora Holding werfen Hofmann und weiteren Kontrahenten unter anderem vor, ein finanzielles Interesse am Unternehmen zu haben, das sich kaum mit jenem der Kleinaktionäre decken dürfte. Im Zusammenhang mit den Ende letzter Woche an einer Medienkonferenz geäußerten Zweifeln an der Redlichkeit des neuen Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung weisen sie darauf hin, dass jeder Aktionär ein gesetzliches Auskunftsrecht über getroffene Dispositionen habe. Davon habe bisher kein einziger Aktionär Gebrauch gemacht. Kritik wird auch an der von Hofmann zur Wahrung seiner Interessen eingesetzten MFC Merchant Bank SA in Herisau (AR) geübt. Diese wickle die Umwandlung der Inhaber in Namenaktien für die Distefora ab; vertragliche Treuepflichten verbieten dabei ein Tätig-Werden gegen Distefora zu Gunsten von Hofmann. Zur Klärung der Verhältnisse wurde auf kommenden 19. Dezember eine ausserordentliche Generalversammlung angesetzt. Wie berichtet, will Hofmann dann den neuen Verwaltungsrat abwählen lassen. Distefora war Ende Juni überraschend vom Deutschen Uli Altwater und dessen Adori AG übernommen worden. Einen Monat später wurde Hofmann von seinem Posten entfernt. Hofmann ist immer noch grösster Einzelaktionär des einstigen Börsenüberfliegers. Er wirft den Adori-Vertretern vor, die Gesellschaft finanziell auszubluten.

Kampf um Grossbank Crédit Lyonnais verschärft sich

PARIS – Die französische Grossbank BNP Paribas hat den Kampf um den Konkurrenten Crédit Lyonnais (CL) weiter verschärft. Bei der Bankaufsicht CECEI beantragte BNP Paribas am Montag, den bisherigen CL-Anteil von 16,2 bis auf 20 Prozent aufzustocken. Die nächste Sitzung dieses Gremiums unter Leitung des französischen Notenbankchefs Jean-Claude Trichet ist für den 16. Dezember angesetzt. Ausserdem fordert BNP Paribas nach eigenen Angaben zwei Sitze im Aufsichtsrat von CL. BNP Paribas war vor gut zwei Wochen bei einer Blitzauktion zum Verkauf des Staatsanteils bei dem Konkurrenten mit 10,9 Prozent für 2,2 Milliarden Euro eingestiegen und hat seitdem weitere Anteile zugekauft. Damit kam BNP-Vorstandschef Michel Pébereau dem CL-Aktionär Crédit Agricole ins Gehege. Nach Informationen aus der Finanzbranche will sich das agrargenossenschaftliche Finanzinstitut keineswegs geschlagen geben. In der vergangenen Woche erhöhten die Genossenschafter ihren CL-Anteil von 10,5 auf 12,17 Prozent.

Schwieriger US-Markt belastet Adecco

ZÜRICH – Die schwachen US-Märkte dürften laut Adecco-Finanzchef Felix Weber das letzte Quartalsergebnis 2002 des weltgrössten Zeitarbeitskonzerns Adecco belasten. Weber bestätigt damit Vermutungen von Investoren. «Unsere interne Hoffnung und Überzeugung war, dass wir unter der Annahme, dass die US-Wirtschaft weiter wächst, ein anhaltendes Wachstum sehen werden. Dies ist jetzt nicht der Fall und hat offensichtlich Auswirkungen auf unsere Zahlen», sagte Weber am Montag im Gespräch mit Reuters. Adecco erzielt fast ein Viertel des Umsatzes in den USA, wo die Arbeitslosigkeit im November stärker als prognostiziert auf sechs Prozent anstieg.

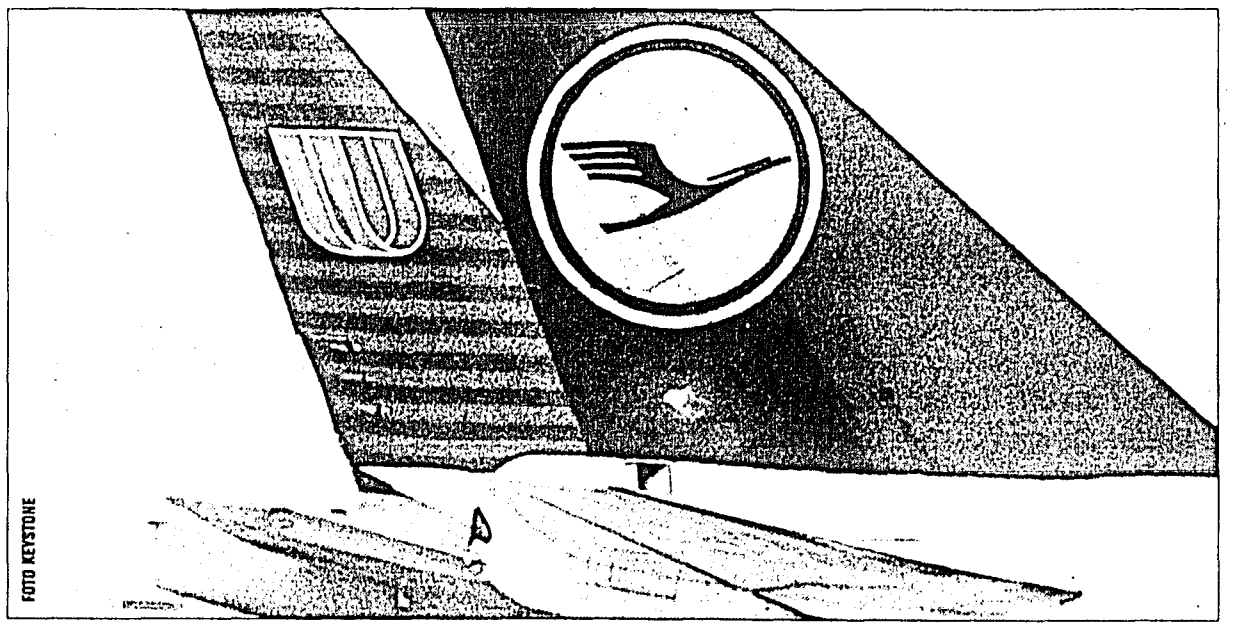
United Airlines ist pleite

Zweitgrösste US-Fluggesellschaft muss Insolvenz beantragen

CHICAGO – Die zweitgrösste US-Fluggesellschaft United Airlines ist pleite. Der wichtigste Lufthansa-Partner stellte am Montag in Chicago einen Insolvenzantrag. Vier Tage zuvor hatte die amerikanische Regierung eine Bürgschaft versagt.

United Airlines und Lufthansa versuchten den Schaden zu begrenzen. Sie versicherten, alle Flüge gingen weiter und Sicherheit habe oberste Priorität. Die Insolvenz von United Airlines ist die grösste Pleite in der US-Luftfahrtgeschichte. Die Gesellschaft bietet täglich 1700 Flüge an. Das ist ein Fünftel aller amerikanischen Flüge. Die Airline sah sich nicht in der Lage, Schulden von rund einer Milliarde Dollar zu begleichen.

Ein Insolvenzantrag unter Kapitel elf des US-Konkursrechts schützt das Unternehmen vor Klagen seiner Gläubiger, während es versucht, seine Finanzen in Ordnung zu bringen und sich umzustrukturieren. Ein Konkursverfahren ist allerdings keine Garantie fürs Überleben einer Gesellschaft. Fluggesellschaften wie Continental und America West haben es überstanden. Pan Am und Midway nicht. Die in den USA eingeleiteten «Restrukturierungsmassnahmen» beeinträchtigen nach Angaben von United «den Flugbetrieb von und nach Deutschland sowie die Ver-



Der wichtigste Lufthansa-Partner, die United Airlines, stellte gestern in Chicago einen Insolvenzantrag.

bindungen in alle anderen Teile der Welt in keiner Weise». Die Abläufe seien nicht gleichzusetzen mit Konkursverfahren in Deutschland oder anderswo in Europa. Der Flugplan gelte weiter. Die Tickets würden akzeptiert.

Weder die Mitgliedschaft im Verbund der Star Alliance noch die Flüge mit anderen Fluggesellschaften (Codeshare) seien gefährdet. «United wird auch die Gehaltszahlungen und Gratifikationen an die Mitarbeiter wie gewohnt fortsetzen.» Auch die Lufthansa betonte: «Selbstverständlich behalten alle ausgestellten Tickets ihre Gültig-

keit.» Ebenso bleibe es weiterhin möglich, bei beiden Fluggesellschaften Meilen zu sammeln und einzulösen. Da United ihren Flugbetrieb uneingeschränkt fortsetze, stehe Lufthansa-Kunden das gemeinsame Flugplanangebot mit täglich etwa 330 Flügen zur Verfügung. Das wirtschaftliche Risiko für Lufthansa bezeichnete das Unternehmen als gering und beherrschbar. Lufthansa-Chef Jürgen Weber erklärte, er sei sich sicher, dass United die Restrukturierung im Insolvenzverfahren gelingen werde. «Daher prüfen wir zur Zeit, ob wir United Airlines

zusätzlich zu den bereits eingeleiteten kommerziellen Massnahmen auch ohne Risiko für Lufthansa finanziell unterstützen können.»

Die US-Regierung hatte Ende vergangener Woche eine Bürgschaft für United über 1,8 Milliarden Dollar abgelehnt. United leidet unter sinkenden Passagierzahlen und der zunehmenden Konkurrenz durch Billigflieger. Im vergangenen Jahr wies die Airline, an der die Beschäftigten 55 Prozent halten, ein Rekordminus von 2,1 Milliarden Dollar aus. In diesem Jahr könnte dieser Betrag sogar noch überschritten werden.

Topmanager Snow neuer US-Finanzminister

Bush schlägt Nachfolger O'Neills vor - Senat muss Ernennung bestätigen

WASHINGTON – US-Präsident George W. Bush hat am Montag den Vorsitzenden des Frachtkonzerns CSX, John Snow, als neuen Finanzminister vorgeschlagen. Der bisherige US-Finanzminister Paul O'Neill hatte am Freitag nach nur zwei Jahren im Amt seinen Rücktritt erklärt.

Snow arbeitete in den 70er-Jahren im Verkehrsministerium des damaligen republikanischen US-Präsidenten Gerald Ford. Der Senat muss seine Ernennung bestätigen. CSX betreibt das grösste Bahnfrachtverkehrsnetz im Osten der USA. Snow habe als Unternehmer überzeugt, als Experte in der Wirtschaftspolitik und als öffentlich Beschäftigter, sagte Bush. «Er wird ein hervorragendes Mitglied meines Kabinetts sein.» Snow zeigte sich geehrt von Bushs Entschei-



George W. Bush (hinten) hat John Snow als neuen US-Finanzminister vorgeschlagen.

dung. Sollte seine Nominierung bestätigt werden, freue er sich auf die Arbeit im Team des Präsidenten, erklärte er. Aus Kreisen des Weissen Hauses verlaute, der Senat werde Snow wahrscheinlich zu Finanzhilfen der Regierung für CSX sowie zu seiner Mitgliedschaft im Golfclub von Augusta befragen. Der Club in Georgia, jährlicher Austragungsort eines der bedeutendsten Golfturniere, war in den vergangenen Wochen in die Kritik geraten, weil er keine weiblichen Mitglieder zulässt. Bushs Sprecher Ari Fleischer sagte jedoch, die Mitgliedschaft Snows sei kein Grund für den Präsidenten, diesen aus seinem Kabinett auszuschliessen. Die Demokraten deuteten die Neubesetzung des Ministeramts als Beweis dafür, dass die Steuerenkungen der Regierung der Wirtschaft geschadet hätten.

«Es sind nicht die Namen, wir sorgen uns um den Plan», sagte der Führer der Demokraten im Senat, Tom Daschle.

Kaspar Villiger informiert

BERN – Bundespräsident Kaspar Villiger hat den Bundesrat am Montag über seine jüngsten Gespräche mit EU-Binnenmarktkommissar Frits Bolkestein und dem dänischen Finanzminister Thor Pedersen über die Zinsbesteuerung informiert. Wie Bundesratssprecher Achille Casanova auf Anfrage weiter sagte, nahm Villiger dabei auch eine Einschätzung der Lage vor. Beschlüsse habe der Bundesrat in dieser Sache nicht gefasst, sagte Casanova. Villiger war am Mittwoch mit den beiden EU-Vertretern zusammengekommen, nachdem die EU-Finanzminister weitere Kontakte mit der Schweiz in der Frage der Besteuerung der grenzüberschreitenden Zinserträge gefordert hatten.

SBB Cargo mit eigener Tochtergesellschaft

Nach Scheitern von Zusammenarbeit mit FS Trenitalia

BERN – Die SBB Cargo nimmt den grenzüberschreitenden Güterverkehr mit Norditalien selber in die Hand. Sie gründet eine eigene Tochtergesellschaft, nachdem auch die Zusammenarbeit mit FS Trenitalia Cargo gescheitert ist.

Die norditalienische Tochtergesellschaft soll im nächsten Jahr aufgebaut werden, wie SBB Cargo am Montag mitteilte. Bereits im Dezember 2003 soll sie mit rund 100 Lokführern und über 50 Mitar-

beitenden in Rangierteams mit rund 30 Lokomotiven den Betrieb aufnehmen. Rekrutiert wird das Personal in Italien. Die neue Tochtergesellschaft soll in Eigenregie alpenquerenden Schienengüterverkehr ab der schweizerisch-italienischen Grenze in den Grossraum nördlich von Mailand fahren. Für die nächsten fünf Jahre sind Investitionen von insgesamt rund 200 Millionen Franken für Lokomotiven vorgesehen. Das neue Tochterunternehmen wird seine Tätigkeit

auf die Produktion beschränken. Es bestehe die Möglichkeit, dass sich Dritte mit einer Minderheit an der neuen Tochter beteiligen können, schreibt SBB Cargo weiter. SBB Cargo führt derzeit bereits jeden Tag über 100 grenzüberschreitende Güterzüge nach Italien. Dies entspricht durchschnittlich 35 Prozent der von SBB Cargo gefahrenen Tonnage. Gut die Hälfte dieser Transporte enden oder starten im Aktionsfeld der neuen italienischen Tochterfirma.

PanAlpina Sicav
Alpina V

Preise vom 9. Dezember 2002

Kategorie A (thesaurierend)	
Ausgabepreis:	€ 44.39
Rücknahmepreis:	€ 43.52
Kategorie B (ausschüttend)	
Ausgabepreis:	€ 42.59
Rücknahmepreis:	€ 41.76

Zahlstelle in Liechtenstein:
Swissfirst Bank (Liechtenstein) AG
Austrasse 61, Postfach, FL-9490 Vaduz